

BLAULICHT

Einbrüche
in Schulen

WIESBADEN (red). Bei einem Einbruch in ein Schulgebäude an der Dotzheimer Straße haben Unbekannte am Samstagabend vier Laptops aus einem Schulungsraum entwendet. Der bei der Tat entstandene Sachschaden beträgt rund 6000 Euro. Eine Zeugin beobachtete, wie die Täter gegen 21 Uhr eine Scheibe einschlugen. Drinnen öffneten sie mit brachialer Gewalt Schränke, Spinde und weitere Türen und flüchteten. Ein weiterer Einbruch in eine Schule wurde am Montagmorgen in der Rheinstraße festgestellt. Die Täter hatten ein Fenster aufgebrochen, flüchteten aber ohne Beute. Die Wiesbadener Kripo nimmt unter der Telefonnummer 0611-345-0 Hinweise entgegen.

Baumaschinen
gestohlen

WIESBADEN (red). Am frühen Montagmorgen sind aus einem geparkten Baustellenfahrzeug in der Gibber Straße mehrere hochwertige Baumaschinen gestohlen worden. Die Täter schlugen eine Seitenscheibe des Fahrzeuges ein. Der entstandene Schaden beträgt über 5000 Euro.

Bargeld und
Wertsachen weg

WIESBADEN (red). Bargeld und hochwertige Gegenstände im Wert von mehreren Tausend Euro haben Unbekannte erbeutet, die Montagvormittag in eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in der Weifenburgstraße eingebrochen sind. Die Täter hebelten die Wohnungstür auf und durchsuchten in sämtlichen Räumen Schränke und Schubladen.

Einbruch
scheitert

WIESBADEN (red). Im Verlauf des vergangenen Wochenendes ist es unbekanntem Einbrechern nicht gelungen, in eine Kindertagesstätte in der Klarenthaler Straße einzubrechen. Die Täter versuchten, auf der Gebäuderückseite ein Fenster aufzubrechen. Als das misslang, flüchteten sie. Was blieb, ist der Sachschaden in Höhe von mehreren Hundert Euro.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen Galeria Kaufhof und Karstadt bei.



Im Bergkirchenviertel fallen bald viele Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Das führt zu Problemen.

Archivfoto: Harald Kaster

Mietpreis-Stopp „light“?

SPD setzt auf Kompromiss, Linke dagegen/Zukunftstak „Wohnungspolitik“

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Ist ein Mietpreisstopp bei städtischen und den Landes-Wohnungsgesellschaften eine Möglichkeit, dem Thema zu teuer und zu knapper Wohnraum in Wiesbaden beizukommen? Mit dieser und anderen Fragen hat sich am gestrigen Dienstag auf Einladung der SPD-Stadtverordnetenfraktion der „Zukunftstak Wohnungspolitik“ im „Wohnzimmer“ in der Schwalbacher Straße befasst.

Wie es im Stadtparlament ausgeht, steht in den Sternen

Und quasi zur gleichen Zeit ging auch die Diskussion zum Für und Wider eines Kompromisses beim Mietpreisstopp per Pressemitteilung weiter. Zur Erinnerung: Die SPD-Fraktion war im Stadtparlament kürzlich damit gescheitert, ähnlich wie in Frankfurt, für städtische Wohnungsgesellschaften festzulegen, dass sie jährlich die Mieten nicht um mehr als ein

Prozent erhöhen dürfen. Dieses Scheitern kam für manche überraschend. Nun sind in Wiesbaden die Grünen mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, ähnlich wie bei der Nassauischen Heimstätte auf Landesebene zu verfahren: Begrenzung auf ein Prozent ja, aber nicht für alle Mieter, sondern nur für solche, deren Bruttojahreseinkommen nicht mehr als 63.000 Euro beträgt. Mit einer Einkommenskopplung „könnten wir leben“, sagte der beteiligungspolitische Sprecher, SPD-Parteivorsitzender und Landtagskandidat Dennis Volk-Borowski im „Wohnzimmer“ und ließ das auch per Pressemitteilung verkünden. Bei den Linken im Stadtparlament, die den ursprünglichen SPD-Vorschlag ohne Einkommenskopplung mitgetragen hatten, heißt dieser Kompromiss nun in einer Pressemitteilung schon Mietpreisbremse „light“ und wird abgelehnt. Wie es letzten Endes in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ausgeht,

steht derzeit in den Sternen. Beim „Zukunftstak“, den die Landtagskandidatin Patricia Eck moderierte, lehnt zum Beispiel Hans-Joachim Rosenbaum eine solche Kopplung an Einkommensgrenzen ebenfalls ab. Rosenbaum wurde vom hessischen SPD-Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel in dessen Schattenkabinett als Minister für Wohnbau und Landesentwicklung nominiert. Er kann diese Regelung bei der Nassauischen Heimstätte, die bedeute einen Riesenverwaltungsaufwand ohne großen Nutzen. Die Geschäftsführerin des Wiesbadener Mieterschutzbundes, Eva-Maria Winkelmann, plädiert für einen unbegrenzten Verbleib von geförderten Wohnungen in der Sozialbindung. Demnächst fielen im Wiesbadener Bergkirchenviertel wieder Wohnungen aus der Bindung, das sei ein Problem. Volk-Borowski und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Rathaus, Simon Rottloff, berichteten von Gesprächen mit Wiesbadenern,

die aus finanziellen Gründen bei ihren Eltern wohnen bleiben, weil sie sich keine eigene Mietwohnung leisten können oder Teile ihres Einkommens für die Miete der Eltern verwendet werden müssten. Ebenso habe er mit älteren Leuten gesprochen, die sich gerne räumlich verkleinern würden, aber dies nicht tun, weil eine kleine Wohnung mindestens so teuer sei wie die, die sie jetzt bewohnen.

Stephan Weinberg, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Finanzministerium, sprach das Thema knapper Flächen an. In Mainz gebe es außer Konversionsflächen der Bundeswehr keine freien Flächen mehr. Auf Dauer könne es deshalb nicht sein, dass in ländlichen Gegenden fast nur Einfamilien- oder Reihenhäuser gebaut würden und der Geschosswohnungsbaubau nur für die Städte bleibe. Neben allen wohnungspolitischen Steuerungsmöglichkeiten herrschte Einigkeit darüber, dass mehr gebaut werden müsse.

Über 500 neue Sozialwohnungen

Magistrat beschließt das Wiesbadener Wohnungsbauprogramm 2018

Von Heinz-Jürgen Hauzel

WIESBADEN. Die Kooperationspartner im Wiesbadener Rathaus hatten sich zum Ziel gesetzt, 1200 Wohnungen neu zu bauen, davon 400 geförderte, sprich Sozialwohnungen. „Da stehen wir mit unseren

528 geförderten Wohnungen, die wir am Dienstag im Magistrat beschlossen haben, sehr gut da“, erklärt Sozialdezernent Christoph Manjura (SPD). Zur Realisierung werden beim Land 63 Millionen Euro aus Bundesmitteln beantragt. Die Stadt selbst steuert

8,839 Millionen bei. „Im Wiesbadener Wohnungsbauprogramm 2018 werden 528 Wohnungen im Neubau und 22 Wohnungen durch den Erwerb von Belegungsrechten zur Förderung angemeldet und in die entsprechenden Programme aufgenommen“,

heißt es in der Magistratsvorlage.

Die mit Abstand größte Zahl an geförderten Wohnungen entsteht im Zuge der Nachverdichtung in der Siedlung Schelmengraben: in der August-Bebel-Straße 158 und in der Karl-Marx-Straße 176. Im sogenannten „Quartier Kaiserhof“ werden auf dem Grundstück des American Arms 115 zu 100 Prozent geförderte Wohneinheiten neu erbaut. Überwiegend für Einzelpersonen-Haushalte.

In der Gernotstraße am Südfriedhof entstehen einige Sozialwohnungen, im Waldviertel im Bereich des ehemaligen Simeonhauses am Langendellschlag werden 29 von 275 Wohneinheiten gefördert, an der Ecke Idsteiner- und Thaerstraße 15 von 156, in der Wiesbadener Straße in Kastel 14 von 31.

„Das ist schon eine Trendumkehr“, macht Manjura deutlich, dass endlich etwas geschieht: Neue Wohnungen entstehen, aber auch neue Sozialwohnungen – mehr als in der Kooperationsvereinbarung festgelegt.



Im Schelmengraben sollen durch Nachverdichtung die meisten der neuen Sozialwohnungen entstehen.

Archivfoto: Torsten Boor

Abbau der Erdogan-Statue
soll Stadt 30.000 Euro kosten

Freie Wähler fordern, den Betrag beim nächsten Mal vom Biennale-Zuschuss abzuziehen

WIESBADEN (red/hz). Die Kosten für die Entfernung der während der Biennale errichteten Erdogan-Statue auf dem Platz der Deutschen Einheit belaufen sich für den Einsatz von Stadtpolizei und Feuerwehr auf knapp 10.500 Euro. Die Stadtverordnetenfraktion von Freien Wählern und Bürgerliste hat auf Anfrage diese Information erhalten.

„Da die Stadt bei der Landespolizei um Amtshilfe gebeten hatte und etwa 100 Landespolizisten für mehrere Stunden den Bereich abgesichert haben, gehe ich davon aus, dass die Rechnung des Innenministeriums nochmal mindestens 20.000 Euro beträgt“, vermutet Fraktionsvorsitzender Christian Bachmann. „Die Einsatzkosten von mehr als 30.000 Euro sind das Ergebnis einer furchtbar naiven Einstellung der Biennale-

le-Macher, die ernsthaft geglaubt haben, dass eine solche Aktion nicht aus dem Ruder laufen werde.“ Wiesbaden war durch Enthüllung und Entfernung der Statue bundesweit in der Konsequenz gefordert

er nun, dass die Stadt bei der nächsten Biennale den Zuschuss um diesen Betrag kürzt. „Mit solch überheblichen Kunstaktionen profiliert sich der Künstler, aber die Bürger müssen den Scherbenhaufen aufkehren – und wenn das Ganze dann noch mehr als 30.000 Euro kostet, läuft da gewaltig was schief.“ Bachmann ist sicher, dass das Geld bei etlichen Integrationsprojekten im Westend besser angelegt wäre: „Die könnten ein ganzes Jahr lang wunderbar von dem Geld leben und dabei echte Alltagsprobleme im Viertel lösen.“

– Anzeige –

**NEUERÖFFNUNG
FITNESS - HALLE 46**

**20.-21. OKT.
10-18 h**

**BIS
30%
RABATT**

• FITNESS FÜR EINSTEIGER
• FUNCTIONAL TRAINING

**Hit Radio
FFH**
ZUR ERÖFFNUNG:
RADIOMODERATOR
TOBIAS RADLOFF

**HERBSTFEST
DIREKT NEBENAN
20. OKT. - 11-19 h
MIT GROSSEM
KINDERPROGRAMM
APPELALLEE - CENTER**

2. STANDORT



**DAVID
FITNESS
HALLE 46**

HAGENAUER STRASSE 46

www.davidfitness.de

REDAKTION WIESBADEN

Sekretariat:
Christine Herber
Telefon: 0611-355-5327
Fax: -5407
E-Mail: wiesbaden-lokales@vrm.de

Redaktion:
Eva Bender (evb) -5315
Wolfgang Degen (deg) -5371
André Domes (dom) -5330
Heinz-Jürgen Hauzel (hz) -2230
Anke Hollingshaus (hol) -5256
Matthias Laux (mala) -2213
Nele Leubner (nle) -5370
Michaela Luster (ml) -5376
Olaf Streubig (os) -5335
Wolfgang Wenzel (zel) -5360

Regionale Verkaufsleiter:
Anzeigen: Sandra Zettel 0611-355-3100
Lesermarkt: Lars Baumbach -5299

Blattmacher:
Nicola Böhme, Tobias M. Blank, Cornelia Diergardt, Doris Schröder, Astrid Moos-Philipp